

WIDERSTAND GEGEN ABSCHIEBEPRACTIS



Ulrike Schneider-Eilinghoff (hinten, 2.v.l.) mit Nachbarfamilien und Kindern aus der Nachbarschaft, die gemeinsam zur Schule gehen und spielen. Eindrucksvoll miterlebt haben die Familie Drygalla und die drei Kinder aus der Nachbarschaft die misslungene Abschiebung der Ashkali-Familie. Foto: Sundermeier

# Kampf für das Bleiberecht

Altenberger Initiative wendet sich gegen Abschiebepaxis im Kreis

**KREIS STEINFURT** • Gegen die bisherige Abschiebepaxis im Kreis Steinfurt regt sich Widerstand. Eine Initiative in Altenberge fordert uneingeschränktes Bleiberecht für Flüchtlingsfamilien, die ihren Lebensmittelpunkt im Kreis haben.

Eine konkrete Abschiebeaktion am 29. September in Altenberge war Anlass für Norbert Eilinghoff und seine Frau Ulrike, sich mit Gleichgesinnten zusammenzuschließen und Initiative zu ergreifen.

Als „traumatisierende Lebensbedrohung“ wurde nach den Schilderungen des Ehepaares von den Betroffenen die versuchte Abschiebung einer Ashkali-Familie aus dem ehemaligen Jugoslawien empfunden: Mitarbeiter der Ausländerbehörde des Kreises, begleitet von Polizei, verschafften sich gegen sechs Uhr mit einem Nachschlüssel Zutritt zur Wohnung der Familie, die seit mehr als 15 Jahren in Altenberge eine neue Heimat ge-

funden hat. Innerhalb kürzester Zeit musste die Familie ihre Habseligkeiten packen und in einen bereitstehenden Bulli zum Abtransport zum Abschiebeflughafen einsteigen. Nach Berichten unmittelbarer Augenzeugen kam es dabei zu dramatischen Szenen vor dem Haus.

Aus konkreter Betroffenheit haben sich nun fünf Altenberger Familien der Elterninitiative „Gemeinsam leben – gemeinsam lernen e.V.“ entschlossen, an die Öffentlichkeit zu gehen. „Viele Menschen wissen einfach nicht, wie sowas abläuft“, ist Ulrike Schneider-Eilinghoff immer noch geschockt vom Anblick der schreienden Kinder und zusammengebrochenen Eltern.

## Politik gefordert

Fast 16 Jahre habe die seinerzeit während der Kriegeswirren aus Jugoslawien geflohene Familie in Altenberge gelebt. Der jüngste Sohn wurde hier geboren, die jüngste Tochter war damals zwei

Jahre alt und hat inzwischen hier ihren Hauptschulabschluss gemacht. Der älteste Sohn und die älteste Tochter haben inzwischen in Deutschland geheiratet. „Trotz mancher Schwierigkeiten“ sei die Familie „in Al-

„.....  
Zivilcourage ist zu hoch  
gegriffen. Man muss ein-  
fach den Mut haben, Unge-  
rechtigkeiten beim Namen  
zu nennen.“

ULRIKE SCHNEIDER-  
EILINGHOFF

tenberge heimisch geworden und sieht hier ihre Perspektiven.“

Die Altenberger Elterninitiative hat sich entschlossen, „den Mund aufzumachen“ und nicht länger zu schweigen. „Sich auf geltendes Recht zu berufen ist einfach“, kritisiert sie die Position der Ausländerbehörde beim Kreis. Gegen die „Unmenschlichkeit“ bei den Abschiebungen müsse man an-

gehen, die Politik sei gefordert, bestehende Gesetze zu ändern.

## Unterschriftenaktion

Die Altenberger Initiative hat spontan einen Brief mit einer Petition an Bürgermeister Jochen Paus überreicht, der dieses Schreiben an Landrat Thomas Kubendorff weitergeleitet hat. „Jetzt wollen wir durch eine Unterschriftensammlung gegen die Abschiebepaxis mehr Öffentlichkeit herstellen“, schildert Ulrike Schneider-Eilinghoff die nächsten Schritte. Die Initiative hofft, auf Kreisebene andere Personen zu finden, die ähnliches erlebt haben und sich ebenfalls gegen die Abschiebepaxis wenden. ■ Ulrich Hiller

„Wer Interesse an der Altenberger Initiative hat, kann sich wenden an: Ulrike Schneider-Eilinghoff, Tel. (02505) 3367.“

„Weitere Informationen zum Bleiberecht-Appell:“

» [www.hier.geblieben.net](http://www.hier.geblieben.net)

# Große Probleme mit der UNMIG

Ausländerbehörde der Kreisverwaltung beklagt Hemmnisse im Kosovo

**Kreis Steinfurt** • Das Schicksal der Familie in Altenberge ist kein Einzelfall. Rund 2500 bis 3000 so genannte „geduldete“ Flüchtlinge leben nach Angaben von Gerda Kaumanns, Leiterin der Ausländerbehörde des Kreises, hier im Kreis Steinfurt, zum Teil seit langen Jahren.

„Wie alle anderen auch“ sei die Ashkali-Familie in Altenberge „zur freiwilligen

Ausreise“ in ihre ehemalige Heimat aufgefordert worden – ohne Erfolg, schildert Kaumanns den Ablauf. Besonders „ärgerlich“ sind aus ihrer Sicht die Begleitumstände solcher Abschiebungen in den Kosovo. Die internationale Polizeitruppe UNMIG setze sich nämlich „über rechtsstaatliche Verfahren hinweg“ und entscheide zum Teil nicht nachvollziehbar

darüber, ob Familien in den Kosovo zurückkehren dürfen. Und das oft sogar so kurzfristig, dass die Betroffenen bereits im Flieger sitzen.

„Kein Haus zur Verfügung“, lautete im konkreten Fall der Altenberger Familie die Begründung der Einreiseablehnung durch die UNMIG, die die Mitarbeiter der Ausländerbehörde auf der Fahrt zum Flughafen erreich-

te. Die ohnehin gestresste Ashkali-Familie reagierte mit Tränen und einem Nervenzusammenbruch darauf. Sie wurde wieder nach Altenberge gebracht, jedoch ohne Hoffnung auf ein leichteres Schicksal.

„Jetzt droht ihr die gleiche Prozedur noch einmal“, betont Kaumanns, dass die Familie nach wie vor ausreisepflichtig ist. ■ hil